

Stand: 19.12.2025 17:44:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2373

"Klimaschutz: Anreize statt Belastungen, Innovation statt Ideologie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2373 vom 05.06.2019
2. Beschluss des Plenums 18/2428 vom 05.06.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 05.06.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Sandro Kirchner, Klaus Holetschek, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Klimaschutz: Anreize statt Belastungen, Innovation statt Ideologie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Ausweitung des europäischen Emissionshandels einzusetzen und Initiativen des Bundes für eine international koordinierte Einführung eines CO₂-Preises zu unterstützen.

Eine Regelung zur CO₂-Bepreisung muss aufkommensneutral sein und darf keine sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen nach sich ziehen. Deshalb ist eine CO₂-Steuer abzulehnen. Stattdessen soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene für steuerliche Entlastungen und Anreize zur CO₂-Vermeidung einsetzen und Klimainnovationen fördern. Im Vordergrund muss ein ordnungspolitisch stimmiges Anreizsystem zur CO₂-Reduzierung stehen, das gleichzeitig für Entlastung bei den staatlich induzierten Strompreisbestandteilen sorgt.

Weiterhin ist auf ein schlüssiges Verhältnis zum Emissionshandelsbereich und auf eine bürokratiearme, schlanke Umsetzung zu achten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für ein integriertes und konsistentes energie- und klimapolitisches Gesamtkonzept einzusetzen, das die wirtschafts- und standortpolitische Dimension auf nationaler Ebene berücksichtigt. Technologieoffenheit ist hierfür Grundvoraussetzung.

Begründung:

Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer entscheidenden Phase der Energiewende. Um die national und international verbindlichen Klimaschutzziele zu erreichen, besteht dringender Handlungsbedarf. Jedoch ist eine besonnene und rationale Vorgehensweise erforderlich.

Baustein für eine gelingende Energiewende kann eine angemessene und aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung sein. Diese muss jedoch global ausgerichtet sein, mindestens auf G20-Ebene.

Eine CO₂-Steuer im nationalen Alleingang führt zu sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Zum Beispiel würden die Mobilität in ländlichen Regionen, Mieter und die Wettbewerbsbedingungen für mittelständische Familienbetriebe einen klaren Nachteil und Ungerechtigkeit erfahren.

Festzustellen ist, dass bereits schon jetzt in Deutschland eine schleichende Deindustrialisierung stattfindet. Diese ist u. a. auf die teuersten Stromkosten in Europa und eine immer fragiler werdende Versorgungssicherheit zurückzuführen.

Für unseren Wirtschaftsstandort, unseren Wohlstand und die soziale Gerechtigkeit ist es unabdingbar, Klimaschutz und CO₂-Reduzierung weiter voranzutreiben. Dies muss jedoch in einem energie- und klimapolitischen Gesamtkonzept gelingen, das Ökonomie und Ökologie langfristig vereint und nicht die Gesellschaft spaltet.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Sandro Kirchner, Klaus Holetschek, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/2373

Klimaschutz: Anreize statt Belastungen, Innovation statt Ideologie

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Ausweitung des europäischen Emissionshandels einzusetzen und Initiativen des Bundes für eine international koordinierte Einführung eines CO₂-Preises zu unterstützen.

Eine Regelung zur CO₂-Bepreisung muss aufkommensneutral sein und darf keine sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen nach sich ziehen. Deshalb ist eine CO₂-Steuer abzulehnen. Stattdessen soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene für steuerliche Entlastungen und Anreize zur CO₂-Vermeidung einsetzen und Klimainnovationen fördern. Im Vordergrund muss ein ordnungspolitisch stimmiges Anreizsystem zur CO₂-Reduzierung stehen, das gleichzeitig für Entlastung bei den staatlich induzierten Strompreisbestandteilen sorgt.

Weiterhin ist auf ein schlüssiges Verhältnis zum Emissionshandelsbereich und auf eine bürokratiearme, schlanke Umsetzung zu achten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für ein integriertes und konsistentes energie- und klimapolitisches Gesamtkonzept einzusetzen, das die wirtschafts- und standortpolitische Dimension auf nationaler Ebene berücksichtigt. Technologieoffenheit ist hierfür Grundvoraussetzung.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Christoph Skutella

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Florian von Brunn

Abg. Gerald Pittner

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)

Drohende CO₂-Steuer: Ungerechtfertigte Mehrbelastung der Industrie und der Bürger verhindern (Drs. 18/2345)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Für eine marktwirtschaftliche Alternative zur CO₂-Steuer (Drs. 18/2372)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Klimaschutz: Anreize statt Belastungen, Innovation statt Ideologie (Drs. 18/2373)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Ralph Müller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Damen und Herren, geschätzte Besucher des Bayerischen Landtags! Eine große Lüge wird nicht zur Wahrheit, auch wenn viele Verblendete ihr Glauben schenken.

(Florian von Brunn (SPD): Das Wahlprogramm der AfD!)

Das gilt besonders für Ihre Klimalügen. Wir stellen hier nochmals klar und deutlich fest, dass Ihre sogenannte Wissenschaft bis heute den Beweis schuldig geblieben ist,

dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen einem CO₂-Anstieg in der Luft und einem schädlichen menschengemachten Klimawandel tatsächlich besteht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene unmissverständlich gegen die Einführung einer CO₂-Steuer einzusetzen und alle rechtlichen und politischen Mittel hierfür auszuschöpfen. Außerdem ist die Staatsregierung zu verpflichten, den von den Anhängern der Klimaschutzreligion behaupteten Nutzen einer CO₂-Steuer für den Umweltschutz darzulegen. Insbesondere soll die Staatsregierung die möglichen Verbesserungen des Weltklimas erläutern, die durch die Einführung einer CO₂-Steuer in Deutschland erwartet werden. Vor allem soll die Staatsregierung die Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft und die arbeitende Bevölkerung darlegen, die infolge der CO₂-Steuer zu erwarten sind. Unbedingt notwendig ist eine klare und vorurteilsfreie Bilanz all dieser Auswirkungen. Erst dann kann gewährleistet werden, dass im Bayerischen Landtag und im Bund eine pragmatische Politik verfolgt wird. Sie sind den bayerischen Bürgern verpflichtet, nicht einem ominösen Weltklima.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den GRÜNEN)

Unser Staat wechselt unter der Herrschaft der rot-grünen Merkel-Bolschewisten zu einem Apparat, der jede Lebensäußerung kontrolliert und besteuert.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir steuern auf den totalen Kontroll- und Steuerstaat hin.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Hören Sie zu, dann lernen Sie was. In den Naturwissenschaften haben Sie nicht immer die besten Noten.

Es ist ein vordergründig geschickter Einfall, ein ungiftiges und lebensnotwendiges Gas – Fotosynthese und so, schon mal gehört? –, das man nicht riechen kann und das bei vielen produktiven Vorgängen entsteht, zur totalen Besteuerung der Bürger heranzuziehen. Es macht Ihnen auch nichts aus, dass für die Einführung einer CO₂-Steuer das Grundgesetz mutmaßlich geändert werden müsste. Wenn Sie eine Sache für ideologisch richtig halten, treten Sie auch unsere verfassungsmäßige Ordnung permanent mit den Füßen. Das wissen wir aus den letzten Jahren. Mit der Einführung der CO₂-Steuer wird es zwangsläufig wiederum zu einer Erhöhung der Staatsquote und zur Demontage der sozialen Marktwirtschaft in ihrem Prinzip in Deutschland kommen. Der Niedergang der deutschen Wirtschaft wird von Ihnen offenbar in Kauf genommen. Die steigenden Produktionskosten werden zu steigenden Lebenshaltungskosten sowie zu einem rapiden Abbau der Arbeitsplätze in Deutschland führen. Ich verweise an dieser Stelle auf die negativen Auswirkungen auf die Standortfaktoren.

Zudem ist die CO₂-Steuer hochgradig konsumfeindlich. Durch Ihre Politik ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft akut gefährdet. Das hat Ihnen ein hochrangiger Mann vom BDI jetzt auch einmal ins Buch geschrieben. Bei vielen Automobilzulieferern stehen durch Ihre Politik schon heute Hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel. Der Plan einer CO₂-Steuer markiert im vierzehnten Jahr von Merkels Regime den endgültigen Übergang der Bundesrepublik in die sozialistische Planwirtschaft mit arglistig aufrechterhaltener marktwirtschaftlicher Fassade.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist Satire!)

– Das ist die Realität, die Sie hier produzieren. – Die Folgen haben wieder einmal diejenigen zu tragen, für die der ach so edle Sozialismus eigentlich da sein sollte, nämlich der einfache Mann und die einfache Frau, die einer ehrlichen Arbeit nachgehen. – Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion. – Bitte schön, Herr Kollege.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kommen wir jetzt wieder zur Sachlichkeit zurück.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Weg von der Realität!)

Die Kanzlerin strebt seit Neuestem eine CO₂-Neutralität Deutschlands bis zum Jahr 2050 an. Die deutschen Klimaziele, die wir uns auf Bundesebene gegeben haben, führen uns jedoch weit weg davon. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns dafür einsetzen, dass Deutschland seinen Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels aus dem Pariser Klimaabkommen leistet, und dies gelingt unserer Meinung nach am besten, schnellsten und vor allem am günstigsten durch den Handel mit CO₂-Zertifikaten.

(Beifall bei der FDP)

Im Gegensatz zur CO₂-Steuer kann der Emissionshandel seine Ziele nämlich präzise und zuverlässig erreichen. Das beweisen wieder einmal die gestrigen Ergebnisse des Umweltbundesamtes für die CO₂-Einsparungen der deutschen Industrie und der Energiewirtschaft. Zunächst ist es dem Klima nämlich egal, wie teuer eine Tonne CO₂ ist, Hauptsache, sie wird eingespart. Diese Einsparung erreichen wir durch feste Mengengrenzungen der Treibhausgase, die wir auf Zertifikate aufteilen und nach den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens Jahr für Jahr reduzieren. Die EU-Handelsrichtlinie erlaubt in Artikel 24 unter Zustimmung der EU-Kommission eine rein nationale Ausweitung des Emissionshandels auf weitere Anlagen, Tätigkeiten und Treibhausgase, welche innerhalb weniger Monate vorgenommen werden könnte.

Der nächste Vorteil – und damit möchte ich auch schon schließen – ist die verstärkte Suche nach den geringsten Vermeidungskosten. Wenn die vier Sektoren Energie, Industrie, Verkehr und Wärme in einem System stecken, kann man sich viel leichter die tief hängenden Früchte nehmen und dort CO₂ einsparen, wo es am günstigsten ge-

lingt. Wir schaffen doch nur Akzeptanz in der Bevölkerung für den Klimaschutz, wenn wir dort Treibhausgase einsparen, wo es am wenigsten wehtut, anstatt unser Alltagsleben mit einer völlig unwirksamen CO₂-Steuer zu verteuern und dadurch den Klimaschutz als gesamtgesellschaftliches Projekt von vornherein in den Sand zu setzen.

(Beifall bei der FDP)

Den Antrag der AfD-Fraktion lehnen wir ab, da er sich nicht deutlich genug gegen die Einführung einer CO₂-Steuer stellt. Schriftlich können Sie das nämlich nicht immer so umsetzen, was Sie das hier mündlich, auch mit Klamauk, verbreiten. Dem unserem Antrag sehr ähnlichen nachgezogenen Antrag der Fraktionen der CSU und der FREI-EN WÄHLER stimmen wir zu, denn rationale, präzise und marktwirtschaftliche Klimaschutzpolitik hilft dem Klima mehr als reine Panikmache.

(Beifall bei der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Naturwissenschaften haben Sie vergessen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Skutella, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Herr Kollege Martin Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Stümpfig, bitte schön, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich möchte Ihnen eine Frage stellen, und zwar: Wissen Sie, wie lange der Prozess gedauert hat, um den ETS, also den Zertifikatehandel, europaweit zu etablieren? – Das war ein Prozess innerhalb der EU, der mehr als zehn Jahre gedauert hat. Alle Thinktanks, wie zum Beispiel Agora oder andere Experten, sprechen deshalb davon, dass dieser Prozess, den kompletten Wärme-und Verkehrsbereich in einen Zertifikatehandel zu überführen, entsprechend lange dauern würde. Im Jahr 2021 wird aber das Instrument scharf gestellt, sodass wir im Non-ETS-Bereich Strafzahlungen leisten müssen. Das heißt, dieses Instrument wird bereits in zweieinhalb Jahren scharf gestellt. Ihr Ansatz ist deshalb im Hinblick auf die Zeitschiene vollkommen unausgegoren und wird uns nicht zu diesen CO₂-Redukti-

onen führen. Deshalb noch einmal meine Frage: Wie lange, denken Sie, wird die Überführung des Non-ETS-Bereichs in den Zertifikatehandel brauchen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Christoph Skutella (FDP): Herr Kollege Stümpfig, es ist vollkommen egal – und aus der Erfahrung des Prozesses könnte man es auch durchaus beschleunigen –, wie lange es dauert. Entscheidend ist, dass es wirkt. Die CO₂-Steuer wird aber nicht wirken. Das wissen Sie. Sie haben keine Mengenbegrenzung. Sie wird nicht wirken. Entscheidend ist, dass wir ein vernünftiges System haben, das auf alle Sektoren ausgeweitet ist und das auch dementsprechend wirkt. Die Ergebnisse aus den momentanen Verfahren funktionieren. Das zeigen die Zahlen.

(Beifall bei der FDP und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Der Klimawandel ist in aller Munde. Die Themen werden sehr emotional betrachtet. Es werden Bilder, Szenarien skizziert, Theorien aufgestellt. Ich möchte feststellen, für uns, die CSU, ist es sehr wichtig, das Thema Klimaschutz ernst und wichtig zu nehmen. Wenn junge Menschen auf die Straßen gehen bzw. wenn die Gesellschaft davon berührt ist, dann genießt dieses Thema mehr als nur Wertschätzung. Klar ist auch, dass wir uns mit dem Thema CO₂-Ausstoß intensiv und ernsthaft auseinandersetzen müssen, wie das mein Vorredner schon getan hat.

Die Klimaziele sind national und international definiert und einzuhalten. Wenn wir aber in der Diskussion unterwegs sind, dann sollten wir uns die Dinge auch ehrlich vor Augen führen und der Gesellschaft auch ehrlich gegenüberreten und aufzeigen, wo die Hebel sind, an denen wir ansetzen können. Wir müssen uns vor allen Dingen erst einmal vor Augen halten, dass wir auf der nationalen Ebene von 2,3 % des CO₂-Aus-

stoßes sprechen und dass umgekehrt 97,7 % der CO₂-Emissionen außerhalb unserer gesetzgeberischen Kompetenz liegen. Wenn man die Debatte beobachtet, die in vollem Gange ist, dann stellt man fest, dass Themen wie CO₂-Steuer, Emissionsrechtehandel, CO₂-Bepreisung zu einer Diskussion führen, bei der man schnell den Überblick verlieren kann. Es ist deshalb schon die Frage, wie man diejenigen, die einen CO₂-Ausstoß verursachen, letzten Endes an den entstehenden Umweltkosten beteiligen kann.

Die Frage, die aufgeworfen ist, lautet: Soll der Staat nun eine CO₂-Steuer erheben? – Ich als Vertreter der CSU-Fraktion sage dazu ganz klar: Nein. Die CSU-Fraktion lehnt eine CO₂-Steuer in der laufenden Diskussion klar ab. Warum ist das so? – Eine Steuer bedeutet auf der einen Seite, dass der Staat Einnahmen generiert, noch mehr Einnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern an sich zieht. Dabei ist allerdings sicher, dass die Leidtragenden dieser Steuer gerade die Menschen im ländlichen Raum sind, die auf Mobilität angewiesen sind. Betroffen sind die Menschen, die als Mieter, die als Verbraucher dem Ganzen praktisch schutzlos ausgeliefert sind, weil die Kosten weitergereicht werden. Betroffen sind auch die kleinen Familienbetriebe, die im Wettbewerb Nachteile erfahren, und gerade als wirtschaftliches Rückgrat im ländlichen Bereich bekommen sie Probleme. Bei einer solchen CO₂-Steuer ist hingegen nicht sicher, ob damit am Ende des Tages tatsächlich der CO₂-Ausstoß reduziert wird, ob am Ende des Tages die Klimaziele tatsächlich erreicht werden.

(Florian von Brunn (SPD): Aber ihr tut ja auch sonst nichts!)

Das wird man nämlich erst im Nachgang feststellen. Die Konsequenz ist ganz klar, und dafür haben wir auch Beispiele in der EU und in der Schweiz. Der Staat versucht, immer mehr Steuern zu erhöhen, um damit vielleicht zu lenken. Er generiert also eine noch höhere Steuer. Oder der Staat wird radikal ausgebremst, wie das Beispiel Frankreich mit den Gelbwesten-Aktionen deutlich aufzeigt.

Wer eine CO₂-Steuer fordert, der spaltet die Bevölkerung, und zwar auf der einen Seite in Arm und auf der anderen Seite in Reich, und er spaltet auch in Stadt und Land. Ich denke, das wollen wir verhindern, das wollen wir nicht. Deshalb muss die Lösung für das Thema CO₂ aufkommensneutral sein. Es darf keine sozialen oder wirtschaftlichen Verwerfungen nach sich ziehen. Genau das ist unser Auftrag, den wir hier forcieren. Wir müssen aktiv sein, einmal auf der nationalen Ebene, aber wir dürfen auch nicht ausschließlich nationale Alleingänge machen.

Noch einmal: 97,7 % des CO₂ werden eben nicht bei uns emittiert. Wir können die Klimaziele und den Klimaschutz nicht nur lokal betrachten, weil das Klima ein globales Thema ist. Deswegen setzen wir, die CSU-Fraktion, ganz klar auf Anreize statt auf Belastungen, auf Innovationen statt auf Ideologien. Deswegen fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels einzusetzen und die Initiativen des Bundes, eine nationale Koordinierung eines CO₂-Preises zu erreichen, zu unterstützen. Ganz klar verbunden sind damit auch Anreize. Die stehen bei uns national im Vordergrund, wenn der Bund steuerliche Anreize dafür bietet, dass derjenige, der CO₂ einspart, dafür auch belohnt wird. Wir wollen, dass damit Klimainnovationen direkt und indirekt gefördert werden.

Im Vordergrund muss ein ordnungspolitisch stimmiges Anreizsystem für die CO₂-Reduzierung stehen. Auf der einen Seite wollen wir eine Entlastung gerade auch bei den staatlich induzierten Strompreisen. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch ein schlankes System auf den Weg bringen, das möglichst wenig Bürokratie verursacht. Die Grundvoraussetzung dafür, dass wir das erreichen, ist ein integriertes, konsistentes energie- und klimapolitisches Gesamtkonzept, das noch erstellt werden muss und das die wirtschaftspolitischen und standortpolitischen Positionen auf der nationalen Ebene berücksichtigt. Sehr wichtig in der Diskussion ist auch, dass wir uns nicht auf bestimmte Maßnahmen im Voraus festlegen, sondern dass an dieser Stelle nach wie vor die Technologieoffenheit ganz klar im Vordergrund stehen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man Klima schützen will, muss man der Bevölkerung auch aufzeigen, welche Konsequenzen damit verbunden sind und welche Auswirkungen dies hat. Wir sind schon der Meinung, dass nicht die Ideologie, sondern die Ökologie und die Ökonomie langfristig damit vereinbar sein müssen, damit die Menschen nicht geblendet werden. Vor allem dürfen wir die Gesellschaft damit nicht spalten, sonst werden wir unsere Ziele überhaupt nicht erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Kollege Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Krise, und wir müssen diese als solche erkennen und begreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zunehmende Erdüberhitzung zwingt uns zu einem sofortigen Handeln. Wir wollen und müssen die Ziele der Klimaschutzkonferenz von Paris erreichen. Das ist unser oberstes Ziel. Wir müssen die derzeitigen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030, also in nur elf Jahren, halbieren. Klimaneutralität müssen wir bis zum Jahr 2040 herstellen. Ein sehr gutes Instrument dafür – und das ist nur eines im Werkzeugkasten – ist eine CO₂-Bepreisung, die sozial abgefedert ist.

Wir haben derzeit einen ETS-Handel, einen Handel mit CO₂-Zertifikaten, der sich ausschließlich auf die Anlagen zur Stromerzeugung beschränkt und nur 50 % unserer CO₂-Emissionen erfasst. Die Erfassung des kompletten restlichen Bereichs, des Non-ETS-Bereichs, fehlt. Dafür haben wir keinen Preis.

Hinzu kommt – daran sollten Sie sich vielleicht erinnern, Herr Kirchner –, dass wir europarechtlich ab 2021 im Non-ETS-Bereich für Deutschland nur mehr ein Budget von

435 Millionen Tonnen CO₂ haben. Jede Tonne CO₂, die wir nachher mehr emittieren, kostet uns 50 bis 100 Euro an Pönalen, an Strafzahlungen. Agora Energiewende hat es hochgerechnet: Allein im Zeitraum zwischen 2021 und 2030 kommen auf Deutschland Strafzahlungen in Höhe von 30 bis 60 Milliarden Euro zu. Wir haben uns dazu verpflichtet, diese Emissionsminderungen vorzunehmen. Deshalb werden die Strafzahlungen fällig.

In Ihrer Rede, in der wenig Konkretes gesagt wurde, haben Sie erklärt, wir sollten irgendwelche Lösungen finden. Diese Strafzahlungen stehen an, und deswegen brauchen wir eine klare Handhabe und klare Instrumente.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen ein Instrument, das schnell greift. Wir brauchen ein Instrument, das effektiv ist und Lenkungswirkung hat. Und wir brauchen ein Instrument, das sozial abgefedert ist. Alle diese drei oder vier Komponenten enthalten ein Klimageld in Höhe von rund 50 Euro pro Tonne CO₂ als Einstiegspreis, das wir einführen wollen, und eine Rückerstattung an die Bürger. Charmant dabei ist Folgendes: Wir haben bestehende Steuern. Wir haben derzeit eine sehr hohe Besteuerung von Strom, wir haben nahezu keine Besteuerung von Heizöl. Wir schichten diese bestehenden Steuern vom Strom auf fossile Energieträger um. Wir erheben keine neue Steuer, sondern schichten Steuern einfach um. Das können wir nahezu von heute auf morgen einführen. Damit können wir den Effekt erzielen, dass wir ab dem Jahr 2021 unsere CO₂-Emissionen maßgeblich senken.

Viele Länder haben oder planen eine CO₂-Bepreisung. Die skandinavischen Länder, Polen, Frankreich, England oder die Schweiz haben bzw. planen das. Wir wären in keiner Weise Vorreiter, sondern wir wären hier in guter Partnerschaft.

Abschließend noch ein Hinweis auf etwas sehr Positives: Gerade sozial schwächere Haushalte haben einen kleineren ökologischen Fußabdruck. Wenn wir eine CO₂-Be-

preisung einführen, werden gerade die sozial schwächeren Haushalte, die keinen SUV vor der Haustüre stehen haben, die nicht so oft in den Urlaub fliegen, entlastet. Die profitieren davon und erhalten mehr Rückzahlungen. Die reicheren Haushalte würden etwas mehr bezahlen müssen. Dieses Konzept wirkt schnell, ist effektiv und sozial abgefedert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Stümpfig, Sie dürfen am Rednerpult bleiben. – Der Kollege Kirchner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte, Herr Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Können wir festhalten, dass die Klimaschutzziele für die CSU natürlich existieren und dass wir bestrebt sind, diese Ziele auch zu erreichen? Folgende Nachfrage: Sie haben von 60 Milliarden Euro gesprochen, die als Strafzahlungen anstehen. Ich habe Ihren Redebeitrag so verstanden, dass Sie diese 60 Milliarden Euro von den Bürgerinnen und Bürgern einfordern wollen, damit wir diese Strafzahlungen leisten können. Stimmt das? Ja oder Nein? Das nur als Verständnisfrage.

Ein zweiter Punkt. Sie haben von einer Umschichtung gesprochen. Sie wollen Steuern auf die fossilen Brennstoffe umschichten. Sie wollen die kleinen schwachen Leute in der Gesellschaft, die einen kleinen CO₂-Fußabdruck haben, entlasten. Da stelle ich mir schon die Frage: Wenn die alte Oma in einem alten, nicht sanierten Haus wohnt und auf die Ölheizung zurückgreifen muss, weil sie keine Chance hat, eine moderne Heizung einzubauen, wenn sie keine Infrastruktur vor Ort hat, braucht sie natürlich weiterhin ihr Heizöl. Das heißt, diese alte Oma, die wenig Rente hat, weil sie andere Leistungen erbracht hat, wollen Sie an diesem Systemwandel beteiligen. Ist das richtig?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zur ersten Frage: Die Pönalen in Höhe von 60 Milliarden Euro, die für die Nichteinhaltung der bereits bestehenden Verpflichtungen anstehen, muss die Bundesrepublik Deutschland aus dem Steuertopf nehmen. Natürlich trifft das am Schluss auch die kleineren Haushalte, denn das trifft uns alle. Daher muss es unser Ziel sein, so wenig Strafzahlungen wie möglich zu leisten, denn das Geld für diese Strafzahlungen ist weg. Dabei gibt es keinerlei Wertschöpfung. Deshalb muss es unser Ziel sein, jetzt schnell ein Instrument zu entwickeln. Die Integration des Wärme- und Verkehrsbereichs in den ETS dauert voraussichtlich über zehn Jahre. Deshalb geht das Modell, das Sie und die FDP vorschlagen, vollkommen am Ziel vorbei.

Zur zweiten Frage: Das Agora-Modell enthält durchaus einen Topf für Härtefälle. Die pro Jahr eingenommenen zehn Milliarden Euro pro Jahr werden an die einzelnen Haushalte zurückgezahlt. Der Pendler mit der Ölheizung bekommt noch einen höheren Betrag zurückgezahlt.

Genauso gibt es Ausnahmeregelungen für die Industrie. Die gibt es bereits. Die kann man ausgestalten. Die Ergebnisse liegen auf dem Tisch. Die Experten haben jahrelang daran gearbeitet. Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, gilt es jetzt, dieses Werkzeug zu verwenden. Es ist das Effektivste, das wir derzeit haben. Wir sind in einer Krise und können uns nicht auf kleine Maßnahmen beschränken.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir müssen endlich Nägel mit Köpfen machen. Deswegen sagen wir Ja zum CO₂-Preis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der wahre Hintergrund des Dringlichkeitsantrags von ganz rechts außen ist doch offensichtlich: Die AfD leugnet den Klimawandel und die Erderhitzung mit billigen pseudowissenschaftlichen Scheinargumenten. Ihre Vertreter sind gegen Klimaschutz, gegen jede Maßnahme zum Klimaschutz und damit auch gegen eine CO₂-Steuer. Und das ist schlichtweg verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

Egal, bei welchem Thema und in welchem Parlament Sie am Werk sind, Sie leisten gar nichts, außer dass Sie sich selbst vielleicht üppige Ausgaben für Ihre Fraktion leisten, wie wir neulich lesen konnten. Ehrlich gesagt, es ist eine Schande für das Parlament, was Sie hier abliefern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Christoph Maier (AfD): Sie können froh sein, dass Sie überhaupt noch hier sind!)

Inzwischen rebelliert sogar schon Ihre eigene Jugendorganisation gegen Ihren Klimawandel-Leugnungskurs. In Berlin lehnt sie schon diesen zerstörerischen Kurs ab, also Ihr eigener Nachwuchs ist gegen Ihre verantwortungslose Fake-News-Politik beim Klimaschutz. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen!

Sie leugnen nicht nur den Klimawandel, Sie wollen auch noch die Energiewende stoppen und trotz der schrecklichen Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima zurück zur Atomkraft. Das ist Politik gegen jegliche Verantwortung und gegen unsere Zukunft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man muss es leider so deutlich formulieren: Sie haben sich mit Ihren kruden Positionen aus der rationalen Debatte über Umwelt- und Klimaschutzpolitik verabschiedet. Lassen Sie deswegen diese Debatte andere führen, die Verantwortung verspüren für die Zukunft unserer Kinder und unserer Enkel!

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Wir seriösen und demokratischen Parteien

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Welche Arroganz!)

streiten natürlich auch darüber, mal mehr, mal weniger konstruktiv, welcher der richtige Weg ist, aber wir bestreiten keine wissenschaftlichen Fakten wie die Klimaerhitzung. Wir sind uns sogar weitgehend darüber einig, dass der Ausstoß von CO₂ teurer werden muss und dass klimafreundliches Verhalten belohnt werden muss.

Wir sind uns auch weitgehend darüber einig, dass wir eine ökologische Lenkungsfunktion brauchen, damit wir im Klimaschutz vorankommen. Zertifikate einzuführen dauert lange; das haben wir heute schon diskutiert. Eine CO₂-Steuer hat gegenüber einer Ausweitung des CO₂-Zertifikate-Handels auch noch einen weiteren großen Vorteil: Während der Handel mit Zertifikaten zwar den Ausstoß von Treibhausgasen belastet und damit klimaschädliche fossile Energie teurer macht, gibt es keine Einnahmen beim Staat, die man transparent an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben kann.

Wir wollen eine soziale Klimaschutzpolitik und eine wirksame CO₂-Bepreisung, die sozial gerecht ist. Wir wollen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger das zurückerhält, was sie vorher aufwenden müssen. Das geht am besten und vor allem am transparentesten mit einer CO₂-Steuer. Man kann die Einnahmen aus einer solchen CO₂-Steuer zum Beispiel über eine Senkung der Stromsteuer für alle, eine sogenannte Klima-Dividende pro Kopf für alle oder eine Kombination von beidem zurückgeben.

Die Bundesumweltministerin hat zu dieser CO₂-Bepreisung wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben, in denen das analysiert und bewertet wird; sie werden in Kürze vorliegen. Dann können wir ganz sachlich diskutieren, was wir tun, auch wie wir zum Beispiel Pendlerinnen und Pendler entlasten, die noch nicht auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen können. Das diskutieren wir dann verantwortungsvoll. Deswegen lehnen wir an der Stelle auch die Anträge von FDP und CSU/FREIEN WÄHLERN

ab, weil wir diese Vorfestlegung zu diesem Zeitpunkt nicht treffen wollen. Wir wollen diese Gutachten abwarten. Dann diskutieren wir das unter verantwortungsvoll und rational handelnden Parteien. Die AfD zählt leider nicht dazu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Kirchner von der CSU-Fraktion gemeldet. Herr Kirchner, bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Eine kurze Nachfrage an Herrn von Brunn: Im Antrag der CSU sind wesentliche Elemente aus dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen den Unionsparteien und der SPD abgebildet. Mir erschließt sich nicht, mit welcher Begründung Sie diesen Antrag ablehnen.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege, ich hatte es gerade gesagt: Wir wollen uns an dieser Stelle noch nicht auf einen Weg festlegen. Sie haben die CO₂-Steuer gerade ausgeschlossen. Uns ist wichtig, dass wir diese Gutachten abwarten, die die Bundesumweltministerin vorlegen wird. Auf der Grundlage können wir dann gemeinsam ein effektives Instrument einführen. Das muss aber möglichst bald passieren. Wir werden nicht zulassen, dass die Union diese Frage ad infinitum in die Zukunft verschiebt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Gerald Pittner von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Pittner.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimaschutz ist die Megaaufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Es gibt keine Krise – noch nicht; wir wollen sie auch nicht herbeireden.

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Nein! Wir haben keine Krise. Eine Krise ist etwas ganz anderes. Wir haben eine Aufgabe, die es zu lösen gilt – dafür sind wir hier in das Parlament gewählt worden –, und wir werden sie lösen. Aber eine Krise ist etwas anderes. Das sollten wir den Leuten nicht einreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben hier drei Anträge, die letztlich in eine Richtung gehen, die Ablehnung der CO₂-Steuer unter verschiedenen Gesichtspunkten mit verschiedenen Begründungen, die verschiedene Richtungen aufzeigen, wie man die Klimaschutzziele erreichen kann. Was richtig ist: Wir brauchen ein integriertes koordiniertes Gesamtkonzept. Damit haben die Kollegen von der CSU recht. Das ist auch im Koalitionsvertrag der schwarz-orangen Koalition so festgelegt.

Es ist aber auch richtig, dass wir nicht von heute auf morgen das bestehende System über Bord werfen können, weil dies zu heftigen sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen führen würde. Wir müssen den Umweltschutz und den Klimaschutz auch bezahlen können; dazu brauchen wir Steuereinnahmen, und dazu brauchen wir auch unsere Industrie,

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

die sich natürlich umstellen muss – das ist richtig –, aber wir brauchen sie. Wir brauchen auch die Landwirtschaft.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Auf was soll die sich umstellen, Herr Pittner?)

– Einen Augenblick! Sie können nachher gerne etwas sagen; ich habe kein Problem damit. Aber jetzt will ich weiterreden. – Der Emissionszertifikatehandel ist natürlich ein durchaus gutes System; damit kann man sehr genau steuern: Man kann über den Zertifikatehandel zum Beispiel das Volumen senken. Das ist eigentlich ein gutes System. Es hat aber auch Nachteile: Es betrifft nur 50 % der Emissionen. Wir haben es gehört:

Der gesamte Hausbrand, also die Heizungen, und der Verkehr sind ausgenommen. Es wird auch schwierig sein, den Zertifikatehandel durchzuführen.

Man muss auch sehen, dass jede Zwangsmaßnahme, jede ordnungspolitische Maßnahme, nicht unbedingt Anklang bei der Bevölkerung findet.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Der schnellste Weg zum freiwilligen Handeln der Bürgerinnen und Bürger führt über ein Anreiz- und Fördersystem, damit sie selbst tätig werden und die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Dann kommen wir wahrscheinlich an einen Punkt, an dem weder der Zertifikatehandel noch das freiwillige Handeln dazu führen, dass 100 % der von uns vertraglich eingegangenen Verpflichtungen – das hat vorher auch ein Kollege gesagt – erfüllt werden können. Dann kann es schon sein, dass wir auch eine CO₂-Steuer brauchen; das muss man ganz klar sagen. Das wird sich aber dann zeigen, wenn es so weit ist.

Wenn wir die Energiewende und die Mobilitätswende schaffen wollen, werden zwangsläufig die Einnahmen aus dem fossilen Bereich zurückgehen, und dann müssen wir zwangsläufig andere Einnahmeformen für den Staat finden. Warum denn dann nicht so?

Heute müssen wir das aber nicht entscheiden, deswegen lehnen wir den Antrag der AfD ab, in dem Fall sowieso, weil er natürlich einen ganz anderen Hintergrund hat, und auch den Antrag der FDP, weil aus unserer Sicht die Frage der Besteuerung falsch angegangen wird. Dem Antrag der CSU und von uns stimmen wir zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Pittner, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Bitte, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Pittner, ich möchte Sie fragen, wie Sie das bezeichnen würden, dass wir die höchste Anzahl an Unwetterereignissen seit Menschengedenken, seit Beginn der Wetteraufzeichnungen haben, dass wir Waldbrände in Deutschland haben, wie auch in diesen Tagen wieder in Brandenburg, dass wir ein Artensterben haben, dass wir eine Senkung der Grundwasserspiegel haben, dass wir Dürrephasen haben, die es so bisher nicht gab, dass wir viel mehr Hitzetage haben – zum Beispiel in Nürnberg über dreißig heiße Tage, in Würzburg sogar über vierzig heiße Tage im letzten Jahr – mit Höchsttemperaturen über 30°C, obwohl die Prognosen bei fünf bis neun heißen Tagen pro Jahr lagen. Das sind Vorzeichen, die sich zunehmend verstärken. Das ist ein sich zunehmend verstärkender Klimawandel, eine Erdüberhitzung. Die Ausmaße übertreffen alle wissenschaftlichen Prognosen. Prof. Schellnhuber spricht von Kipppunkten. Was bringt Sie zu der Aussage, dass das keine Krise ist, dass alles ganz easy ist und wir so weitermachen können wie bisher? Wir leben in einer Krise, und wir müssen das auch erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Entweder habe ich mich völlig falsch ausgedrückt, oder Sie haben nicht zugehört oder es nicht verstanden. Ich habe nicht gesagt, dass wir so weitermachen können wie bisher. Ich habe sogar gesagt, wir müssen sehr viel ändern.

Von einer Krise kann aus meiner Sicht erst dann die Rede sein, wenn das tagtägliche Leben jedes Einzelnen oder eines Großteils der Bevölkerung massiv betroffen ist. Was Sie hier beschreiben, ist Sensationsjournalismus, hier wird den Leuten etwas eingeredet. Natürlich müssen wir etwas tun, natürlich gibt es diese Vorzeichen, aber eine Krise ist das nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Freiheit der Bürger! Die werden es Ihnen sagen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Pittner. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2345 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2372 – das ist der Antrag der FDP-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das ist der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2373 – das ist der Antrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen: Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Herr Plenk (fraktionslos), wie haben Sie sich entschieden? – Zustimmung. Damit ist dieser Antrag angenommen.